



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Agrarpolitik für alle Bäuerinnen und Bauern gleich und fair gestalten – ökologische Landwirtschaft darf nicht ausgebremst werden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die angebotenen Eco-Schemes der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) so ausgestaltet werden, dass sie für ökologisch wirtschaftende Betriebe voll zugänglich sind, ohne die Öko-prämie der zweiten Säule zu gefährden. Dieses Gleichbehandlungsprinzip soll bis auf die Regel zur Bewirtschaftung ohne Verwendung chemisch-synthetischer Pestizide, die im Ökolandbau bereits umgesetzt wird, für alle Eco-Schemes gelten.

Begründung:

Ab 2023 wird mit der neuen GAP das Geld, mit dem die Landwirtschaft in der EU subventioniert wird, etwas anders als bisher verteilt. Immer noch wird der größte Teil des Geldes nach Hektar gezahlt, aber ein Viertel der Direktzahlungsgelder der ersten Säule sind nun für Umwelt-Regelungen, die sogenannten Eco-Schemes, reserviert.

Der Betrag, der direkt pro Hektar ausgezahlt wird, schrumpft also und um diesen Verlust auszugleichen, können die Betriebe freiwillige Umweltleistungen erbringen, die in den Eco-Schemes festgelegt sind. Einige dieser neuen Umweltleistungen ähneln Kriterien, nach denen die ökologische Landwirtschaft bereits arbeitet. Für Öko-Bäuerinnen und -Bauern kann dies zu einem Problem werden, da sie den Ausgleich ihrer Umweltleistungen über die Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der zweiten Säule bereits nutzen.

Eine Doppelförderung gleicher Maßnahmen ist nach EU-Förderrecht verboten, was dazu führen kann, dass Öko-Bäuerinnen und -Bauern bei einigen Eco-Schemes gegenüber ihren konventionell wirtschaftenden Kolleginnen und Kollegen benachteiligt sind. Die Befürchtungen sind groß, dass die Öko-Förderung der zweiten Säule nicht mit den neuen Eco-Schemes zusammen beantragt werden kann bzw. dass die Öko-Prämie in der zweiten Säule sinkt.

Für die Ziele, ein Viertel der landwirtschaftlichen Fläche in der EU bis 2030 ökologisch zu bewirtschaften und in Deutschland 20 Prozent Ökolandbau bis 2030 zu schaffen, ist das genau der falsche Weg – und für Bayern, das mit seinem Ziel von 30 Prozent ökologischer Landwirtschaft bis 2030 weitaus ehrgeiziger ist, völlig fatal.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft fordert in ihrem Bericht ausdrücklich wirtschaftlich attraktive Agrarumweltmaßnahmen. Diese Forderung gilt für alle Betriebe und sollte sich auch in der Prämiengestaltung niederschlagen. Die Staatsregierung muss sicherstellen, dass für alle bayerische Bäuerinnen und Bauern die angebotenen Eco-Schemes voll zugänglich sind und die Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der zweiten Säule ohne Abzug hochwertig bleibt und weiter ausgebaut werden kann. Die ökologische Landwirtschaft darf nicht zum Verlierer der neuen GAP werden.